

Die Öffentlichkeitsarbeit der Regierung Schröder
kann ihre konzeptionelle Schwäche nicht verdecken

Regieren ohne soziale Balance

Edmund Stoiber

Für die Regierung wie für die Opposition war es ein ungewöhnlich weiter Weg von 1998 bis 2000 – mit einem bisher beispiellosen Auf und Ab für beide Seiten. Die Momentaufnahme des Sommers 2000 hat die Regierung Schröder auf einem noch im Juni undenkbar hohen Stimmungshoch gezeigt. Das kopflose „Aquaplaning“ (*Die Welt*) der Bundesregierung im Jahr 1999, die Kette verlorener Landtagswahlen und der für Rot-Grün katastrophale Ausgang der Europawahl schienen im Sommer 2000 ferne Vergangenheit. Auch die gebrochenen Wahlversprechen spielten kaum eine Rolle. „Ökosteuer von höchstens sechs Pfennigen“, „Rente auf hohem Niveau und ohne demographischen Faktor“, „Schaffung neuer Arbeitsplätze“, „Aufschwung Ost als Chefsache“, „Gesundheitsreform ohne spürbare Härten“ – im Sommer 2000 alles Schnee von gestern.

Zudem können die Bundesregierung und insbesondere der Finanzminister auf einer Welle schwimmen, die getragen wird durch die demographische Entlastung des Arbeitsmarktes, durch die kräftige Exportkonjunktur auf Grund des schwachen Außenwertes des Euro und durch die steigenden Steuereinnahmen, zu denen noch die Zinsgewinne aus der Schuldentilgung mit den UMTS-Milliarden hinzukommen. So be-

mühten sich im vergangenen Sommer auch ansonsten durchaus kritische Geister weniger um den politischen Saldo aus Gewinn und Verlust seit 1998, sondern es wurde wie an den Börsen des Neuen Marktes auf positive Stimmung gemacht. Doch in der Politik wird wie schon an der Börse das Bedürfnis nach substantziellen Werten steigen.

Alte und neue SPD

Auf das Klirren der Sektgläser im Sommer ist im Herbst 2000 erneut sehr rasch der Kater gefolgt. Es wird deutlich, dass die kurzfristigen Stimmungsgewinne des Kanzlers einen sehr hohen Preis haben: Das Ende der SPD als Sozialpartei. Alte und neue SPD belauern sich misstrauisch. Die „New SPD“ aber steht nur auf dem Papier, und bekanntlich sind Papiertiger in Wahlkampfzeiten ziemlich zahlos. Die Vorhersage Lord Dahrendorfs vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ hat sich anders bestätigt als vermutet, denn die Entsozialdemokratisierung der SPD kam von innen. Nach den vielen Häutungen ist keine Substanz mehr übrig. Das gilt auch für die Grünen. Deshalb klafft zwischen den Führungsetagen der Regierungsparteien und ihrer Basis ein tiefer Graben. Regieren ohne Rückhalt in der Partei mag noch gelingen. Aber Wahl-

kämpfe durchzustehen ohne das Engagement und die inhaltliche Überzeugung in den Orts- und Kreisverbänden, das ist sehr schwer. Der müde Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen und die gescheiterte Parteireform Münteferings sind Paradebeispiele für die Entfremdung der SPD-Basis von ihrer Parteispitze. Diese Erosion wird von unten nach oben voranschreiten.

Tatsächliche Bilanz

Das ist die tatsächliche Halbzeitbilanz: Diese Regierung durchzieht kein sozialdemokratischer roter Faden, sondern das alles beherrschende Motto des Kanzlers: „Erst meine Person, dann die Partei!“ Umschärfer muss kritisiert werden, wenn heute vom Kanzler als „Überwindung des Reformstaus“ verkauft wird, was er gestern als „soziale Kälte der Union“ gebrandmarkt hat. So ist etwa die Gesundheitsreform der Regierung Schröder im Vergleich zu den vor 1998 durchgeführten Reformen ohne jede Akzeptanz geblieben. Bürger und Ärzte sind gleichermaßen verärgert über die geradezu sozialistische Rationierung. Vor allem aber die vielfach geänderten Reformvorschläge der Bundesregierung zur Rente stehen auf der Negativliste der Halbzeitbilanz Schröders. Wer erinnert sich noch an die ersten abwegigen Konzepte Riesters? Politisches Ziel der Union war von Anfang an die Beibehaltung des solidarischen Kerns mit einem ergänzenden Ring von Eigenvorsorge. Die Bundesregierung hat sich diesen Zielen dann schrittweise angenähert. Doch Beitragszahler wie Beitragsempfänger sind tief verunsichert. Die Rentenlüge des Kanzlers aber ist unvergessen und bleibt ein Menektekel für die Art und Weise, wie die Bundesregierung Glaubwürdigkeit in Staat und Politik verspielt.

Der präsidiale Regierungsstil des Kanzlers steht auf tönernen Füßen. So kann die schäumende Selbstsicherheit immer wieder rasch zusammenfallen und den Deutschen schal und überdrüssig werden. Allein die Steigerung der Energiepreise führte zu einer massiven Negativstimmung gegen die Bundesregierung und zu einem Absacken von Rot-Grün in den Umfragewerten, wie dies selten zuvor geschehen ist. Jeder kann jetzt nachrechnen, dass dem Durchschnittsbürger und vor allem den Familien die Steuerreform nicht so viel bringt, wie ihnen die Ökosteuer nimmt. Bis Ende 2003 stehen allen Entlastungen bei Steuern und Kindergeld in Höhe von 172 Milliarden D-Mark neue Steuerbelastungen allein durch die Ökosteuer von 128 Milliarden D-Mark gegenüber. Insbesondere die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen werden in der Summe nicht wirklich spürbar mehr Geld zur Verfügung haben.

Ohne Schwung und Substanz

Ich wage die Vermutung, dem deutschen Kanzler wird es ähnlich ergehen wie seinem Vorbild, dem einstigen Hoffnungsträger Tony Blair. Der ostentativen Dynamik und der vor sich hergetragenen Jugendlichkeit von „New Labour“ ist längst die Luft ausgegangen. Die Welle der guten Laune ist in der Tiefe ohne Schwung und Substanz geblieben, und sie wird weiter an Kraft verlieren auch in Deutschland. Begriffe wie „Dritter Weg“, „Neue Mitte“ und „Zivilgesellschaft“ verblassen wie die Fassaden Potemkinscher Dörfer. Die Bürger werden wieder vermehrt fragen: Was ist dahinter? Animation ist keine Antwort auf die langfristigen, gesellschaftspolitischen und ideellen Probleme der Wohlstandsgesellschaften. Gerade in Zeiten des Aufschwungs geht es

Regieren ohne soziale Balance

den Bürgern nicht nur um Arbeitsplätze und Wirtschaftslage. Deshalb ist die Popularität der Politstars wie Blair und Clinton erkaltet. So kann die Erinnerung an Reagan und Thatcher eine überraschend lebendige Renaissance feiern. Deshalb hat Al Gore alles versucht, sich von der Leichtlebigkeit Clintons abzugrenzen. Und auch die Fragen der Deutschen an die Politik werden wieder tiefer schürfen: Was sind die gesellschaftspolitischen Konstanten im rasanten Wandel? Wie können wir die Umkehrung der Bevölkerungspyramide abmildern, die den Sozialstaat unter Hochdruck setzt und auch weniger Kreativität und Innovation für Deutschland bedeutet? Wie beantwortet die heutige Politikergeneration die Frage nach der Selbstdefinition und Verantwortung Deutschlands in Europa und der Welt?

Erstaunliche Kehrtwendung

Diesen Trend zu mehr Tiefgang hat in der Bundesregierung als Erster der deutsche Außenminister erkannt. Man reibt sich die Augen, denn Joschka Fischer hat den Nationalstaat entdeckt. Der Außenminister bekennt sich in seinen Europareden und zum Beispiel in seinem bemerkenswerten *Spiegel*-Gespräch vom 21. August 2000 zum „Nationalstaat als Wohnung im sich integrierenden Europa, in der man sich zu Hause fühlt“, und betont nationale „Bindungen aufgrund der Sprache, der Kultur“. Fischer stellt fest: „Die Deutschen sind in ihrem Nationalstaat angekommen.“ Diese erstaunliche Kehrtwendung zeigt, Fischer bleibt sich treu als ein radikaler Sich-neu-Erfinder. Und nicht wenige in dieser Bundesregierung haben ja sehr weite ideologische Wege hinter sich. Insbesondere aber der Außenminister hat auf internationaler Bühne gelernt, dass Nationalstaaten wie Frank-

reich und Großbritannien und im Übrigen auch die EU-Beitrittskandidaten wie Polen und Ungarn viel mehr in sich ruhen als Deutschland.

Der Vergleich mit anderen und der Blick zurück sind bewährte Mittel zu höherer Erkenntnis. Deshalb ist heute selbst ein Parade-68er wie Joschka Fischer der Meinung, dass es ohne ein Gemeinschaftsbewusstsein der Staatsbürger keine stabile und kraftvolle Demokratie geben kann. Das ist ein wichtiger Beweggrund, warum sich in der neueren Geschichte Europas die Demokraten immer auch als nationale Patrioten verstanden haben. Gerade im Gespräch mit den Franzosen hat der Außenminister erkannt, dass die Selbstdefinition des Bürgertums als Nation eine Initialzündung der Revolution von 1789 und damit auch der Geburt des modernen Europa gewesen ist. Dieser Ursprünge unserer nationalen Demokratien erinnert man sich jetzt an der Schwelle zur entscheidenden Vertiefung und Erweiterung der europäischen Einigung. Spät, aber nicht zu spät, spricht der deutsche Außenminister und Vizekanzler einer rot-grünen Bundesregierung aus, was in seiner politischen Umgebung lange Zeit als Tabu galt: Europa ist nicht denkbar als ein Megastaat, der den Nationalstaaten und Regionen übergestülpt wird.

Nation und Europa

Die Regierung Schröder hat bisher unterschätzt, dass von den europäischen Partnern das nationale Selbstbewusstsein weniger als Gegensatz zur europäischen Integration empfunden wird als in Deutschland. Unsere Nachbarn betreten erhobenen Hauptes das europäische Haus, denn es gibt eine vom politischen Staat und seinen Kompetenzen unabhängige nationale Identität

und Kultur sowie positive Erinnerungen im Geschichtsbewusstsein. Dagegen hofften manche in den politischen und publizistischen Eliten Deutschlands, dass das Zusammenwachsen und die Erweiterung Europas eine Milderung der Frage nach dem nationalen Selbstverständnis bringen. Von der „Flucht“ vorsich selbst nach Europa war die Rede. Doch die Frage nach der Bedeutung der Nation und des Nationalstaates gewinnt im zusammenwachsenden Europa an Aktualität. Deshalb ist es ein Defizit, wenn man im In- und Ausland den Eindruck haben muss, einzelne Mitglieder der Bundesregierung hätten kein gefestigtes inneres Verhältnis zum Nationalstaat und zur Nation. So wurden zu Beginn der Legislaturperiode die europäischen Partner von deutscher Seite mit einem zum Teil altklugen Auftreten ohne Rücksicht auf nationale Befindlichkeiten brüskiert. Das internationale Kopfschütteln über manche Vorschläge aus Deutschland ist zwar nach dem Abtritt Lafontaineseltener geworden, aber nach wie vor gibt es Misstrauen, insbesondere in Frankreich und in den USA. Dabei geht es nicht nur um die Kritik zum Beispiel am Bundeswehretat, die verbunden war mit der unmissverständlichen Aufforderung, die Bundesregierung müsse der gewachsenen Verantwortung Deutschlands besser gerecht werden. Es gibt auch tiefer gehende Differenzen.

In den Augen des Auslandes bleibt insbesondere der deutsche Diskurs über die Nation und den Nationalstaat befremdlich. Nation und Staat haben in Frankreich oder in den USA nach wie vor einen transzendenten, über die Administration und die Summe aller gesellschaftlichen Teile hinausgehenden Wert. Dort ist der Nationalstaat weit mehr als nur rationaler Vertrag und Abkommen zwischen den Bürgern.

Diese auch emotionale Identifikation mit dem Gemeinwesen als europäische und atlantische Normalität gibt es in Deutschland vor allem in den Ländern und Freistaaten, doch weniger auf Bundesebene und schon gar nicht im Denken dieser Bundesregierung. Das Bekenntnis zu sich selbst ist abgeschmolzen. Was bleibt, ist die konturlose Endmoräne früherer politischer Passionen. Gerhard Schröder ist im Gegensatz zu Helmut Kohl und nicht weniger im Gegensatz zu Helmut Schmidt oder gar im Vergleich zu den früheren Kanzlern alles, aber sicher kein Patriot mit Leidenschaft. Schröder kann nicht mehr sein als der Vorsitzende der Deutschland AG – und er will auch nicht mehr sein.

Der Anspruch an sich selbst – aber auch an Amt und Würden – wird niedrig gehängt. Das ist durchaus populär. Die Demoskopien haben mehrfach ermittelt, dass das Bekenntnis zu Grundgesetz und Sozialer Marktwirtschaft für eine große Mehrheit zu einer Selbstverständlichkeit ohne emotionalen Gehalt geworden ist. Demgegenüber ist der Vorschlag, den Begriff „Verfassungspatriotismus“ als ideelles Rückgrat unserer Demokratie zu etablieren, ein Behelf der intellektuellen Eliten geblieben und scheint zu abstrakt. Es herrschen politischer und geistiger Pragmatismus – und das ist nicht zuletzt auch Teil der Erfolgsfalle, auf die CDU und CSU reagieren mussten: Westbindung, Soziale Marktwirtschaft, Zusammenwachsen Europas, Einheit Deutschlands – alles ist im Grundsatz verwirklicht und mittlerweile auch programmatische Identität des politischen Gegners. Tatsache ist auch: Begriffe wie „deutsche Nation“ und „deutsches Volk“ sind im europäischen Vergleich für viele Deutsche ziemlich substanz- und kraftlos geworden. So hat es durchaus Symbolkraft, dass das umstrittene Kunstwerk im

Regieren ohne soziale Balance

Innenhof des Reichstages die Widmung trägt: „Der Bevölkerung!“ Wo sonst auf der Welt wäre eine solche Wortwahl denkbar? Die Dominanz der profanen Tagespolitik aber ist für die Bundesregierung kein Verlust, sondern Mittel zum Zweck. Der politische Tiefflug auf Sicht scheint erfolgreich – solange keine größeren Hürden für die deutsche Demokratie anstehen.

Und dennoch: Beliebigkeit erzeugt keine Bindung. Die Stammwähler von SPD und Grünen und auch die wachsende Gruppe der Wechselwähler werden mehr und mehr nach Identifikation, nach Richtung und Ziel dieser Bundesregierung fragen. Die Bürger wollen Antworten. Was aber sind die Leitbegriffe und Konstanten der Regierung Schröder? Die Mitglieder der Bundesregierung sind heute straff vom Kanzleramt aus geführte Virtuosen auf dem Medienklavier. Daran haben auch die durchaus konservativen Glaubensbekenntnisse von Konvertiten wie Joschka Fischer oder Otto Schily nichts geändert. Hut ab für das professionelle Produktmarketing und die Modeberatung. Aber kein Respekt für die mangelnde Grundsatztreue in der SPD und bei den Grünen. Rot-Grün ist auf dem Weg zum programmatischen Nirgendwo. Der Parteivorsitzende Schröder hofiert mit Herrn Holter aus Mecklenburg-Vorpommern einen Unterstützer der kommunistischen Plattform in der PDS, der aus seiner Gegnerschaft zum Grundgesetz keinen Hehl macht. Zugleich lässt der Kanzler kolportieren, häufig mit Führern der deutschen Industrie zu dinieren. Die Grünen nähern sich steuer- und finanzpolitisch der FDP. Man billigt der Türkei eine Anwärtschaft auf die Mitgliedschaft in der EU zu, sperrt sich aber gleichzeitig gegen Rüstungslieferungen an diesen NATO-Staat. All das und vieles mehr passt nicht zusammen. Die Wähler des „rot-grü-

nen Projekts“ von 1998 bleiben ratlos zurück.

Es gibt große Chancen für die Union. Dem programmatischen Nihilismus der Bundesregierung steht nach wie vor das Bedürfnis einer großen Mehrheit der Bürger nach Glaubwürdigkeit und starken Politikerpersönlichkeiten gegenüber, die einen gewissen Halt geben können als Felsen in der Brandung des beschleunigten Wandels. Der Regierung Schröder aber fehlen die charismatischen und kantigen Persönlichkeiten. Trotz punktuell guter Umfragewerte bleiben die meisten Mitglieder der Bundesregierung für die Bürger politisches Treibgut ohne Verankerung. Der Kanzler der guten Laune kann dieses Vakuum nicht füllen.

Defizit des Handelns

Aber zugegeben: Die Öffentlichkeitsarbeit des Kanzleramts fußt auf einer richtigen Erkenntnis. Die Deutschen haben die Kämpfe von gestern satt – zwischen rechts versus links, angebots- versus nachfrageorientiert, ökonomisch versus ökologisch. Wer diese Kämpfe weiter kämpfen will, ist nicht „miten im Leben“ einer Mehrheit. Aus den alten Gegensätzen fließt kein Enthusiasmus mehr. Wir leben im nachideologischen 21. Jahrhundert. Zum Beispiel zeugen die Ergebnisse der diesjährigen Shell-Jugendstudie von mehr Fortschrittsoptimismus in Deutschland, von weniger Technikfeindlichkeit, weniger pauschaler Zivilisationskritik und von geringeren irrationalen Zukunftssängsten. Das ist eine positive Entwicklung. Für die jüngere Generation ist der rasante Wandel Normalität und vor allem Chance. Die an den USA orientierte Internet-Generation fordert eine Sauerstoffkur gegen die Sklerose in Deutschland. Internet und Aktienkultur der *new economy*, nivel-

lierte Weltkultur der Globalisierung – das sind Alltagserfahrungen vieler Zwanzig- bis Vierzigjähriger. Für diese Generation sind die Herausforderungen klar: erstens der globale Modernisierungsdruck mit der weltweiten Mobilität von Kapital und Know-how, zweitens der Wettbewerbsdruck auf das Euroland Deutschland im europäischen Wettbewerb und im Übergang zur Informations- und Dienstleistungsgesellschaft sowie drittens die Reform der sozialen Sicherungssysteme angesichts der demographischen Entwicklung. Dazu sind die Diagnosen gestellt, und es gibt verschiedene Rezepte, die andere Staaten in Europa und in Übersee erfolgreich verwirklicht haben. Dazu gibt es in Deutschland kein Defizit an Erkenntnis, kein Defizit an politischem Benchmarking, wohl aber ein Defizit des Handelns.

Vor diesem Hintergrund verkauft sich Gerhard Schröder nicht ungeschickt als Macher, Modernisierer und als präsidialer Konsenskanzler, der über dem Hader der Parteien zu stehen scheint. *Der Spiegel* nennt das „Selbstsuggestion“ statt „Charakter“. Doch der Kanzler als Motivationstrainer der Deutschen, das trägt nicht bis 2002. Der Blick auf die Fakten der Halbzeitbilanz offenbart ein weniger positives Bild. Tatsache ist: Deutschland war 1998 europaweit noch Konjunkturlokomotive. 1999 war Deutschland mit Italien Wachstumsschlusslicht der EU. Es ist kein unabwendbares Schicksal, sondern hat politische Gründe, warum Deutschland zum Schlusslicht auch beim Abbau der Arbeitslosigkeit in Europa geworden ist. Allein auf das Konto der Neuregelung der so genannten 630-Mark-Jobs gehen hunderttausende Beschäftigungsverhältnisse. Das Gesetz gegen Scheinselbstständigkeit war ein Schlag gegen Existenzgründer. Demgegenüber steht das Ver-

sprechen des Kanzlers, sich an der Schaffung neuer Arbeitsplätze messen zu lassen. Weniger Berufseinsteiger und mehr Rentner beschönigen zwar die Arbeitsmarktstatistik, den Arbeitslosen aber helfen allein neue, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze. Auch das „Bündnis für Arbeit“ ist seinem hoffnungsvollen Namen nicht gerecht geworden. Es herrscht nach wie vor Fehlanzeige bei tatsächlich wegweisenden Maßnahmen wie der Streichung beschäftigungsfeindlicher Vorschriften oder dem konsequenten Aufbau eines Niedriglohnssektors. Der staatliche Druck ist nicht gewachsen, eine Arbeitsstelle anzunehmen, auch wenn sie nicht so angenehm ist. Nicht zuletzt wegen des unterentwickelten Niedriglohnssektors hat die EU-Kommission die Bundesregierung aufgefordert, ihre Bemühungen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu verstärken.

Familien- und Kinderfeindlichkeit

In der Summe haben auch die Standortnachteile Deutschlands nicht abgenommen, sondern wurden seit Herbst 1998 durch eine Kette von Fehlentscheidungen der Bundesregierung verschärft. Wichtige Reformen wurden zurückgenommen, neue Belastungen wurden eingeführt. Das gilt ganz besonders für die Ökosteuer. Sie ist ökonomisch und ökologisch kontraproduktiv und sozial ungerecht. Die pauschale Verteuerung von Strom und Benzin ist Gift für das Export- und Transitland Deutschland. Die Lenkungswirkung auf den Energieverbrauch ist ausgeblieben. Die Preise für Bus und Bahn sind auf Grund der höheren Energiekosten gestiegen. Die soziale Ungerechtigkeit der Ökosteuer ist evident: Die nicht Sozialversicherungspflichtigen haben von einer Senkung der Rentenversiche-

Regieren ohne soziale Balance

rungsbeiträge durch Mittel aus der Ökosteuer überhaupt nichts. Die Bundesregierung benachteiligt also neben den Pendlern auch die Rentner, die Studenten oder die Sozialhilfeempfänger – und nicht zuletzt gerade auch die Familien mit Kindern. Familien verbrauchen für Waschen und Kochen viel mehr Strom als Single-Haushalte. Die Ökosteuer ist familien- und kinderfeindlich. Alles in allem nützt die Ökosteuer der Umwelt nichts, die Wirtschaft wird im internationalen Wettbewerb massiv belastet, und die minimale Senkung der Beitragssätze zur Rentenversicherung schafft keine neue Beschäftigung.

Die steigenden Energiepreise haben Europa aufgeschreckt und die Bürger neu auf die Bedeutung nationaler Politik aufmerksam gemacht. Die Welle der Proteste in Europa erinnert mich an Aufstände aus der Geschichte nach Steigerungen des Brotpreises. Der Vergleich stimmt: Öl und Benzin haben heute einen ebenso existenziellen Stellenwert wie früher Grundnahrungsmittel. Und die Menschen spüren doch ganz unmittelbar: Die Tankstelle darf nicht als Finanzamt missbraucht werden.

Verfehlt Sparkurs

Zur Belastung der Mobilität in Deutschland durch die Ökosteuer kommt der verfehlt Sparkurs von Finanzminister Eichel. Jeder Betriebswirtschaftsstudent im ersten Semester weiß: Das Sparen zu Lasten der Investitionen ist Gift für die Wettbewerbsfähigkeit. Das gilt für die Wirtschaft wie für den Staat. Besonders gravierend sind die Kürzungen bei Straße und Schiene. Die ausgewiesenen Straßenbaumittel für 1999 bis 2002 liegen mit rund achtzehn Milliarden D-Mark um fünf Milliarden D-Mark unter dem Ansatz der früheren Bundesregierung.

Dabei stehen den Kürzungen bei Straßen- und Schienenprojekten ein enormer Verkehrszuwachs gegenüber. Die jüngsten Prognosen des Bundesverkehrsministeriums übertreffen unsere bisherigen Befürchtungen: von 1997 bis 2015 Verdoppelung des Güterverkehrs und Steigerung des Autopersonenverkehrs um 22 Prozent, Steigerung der Flüge um 111 Prozent. Diese Zahlen bescheinigen auch den Grünen, dass ihre Verkehrsideologie nicht von dieser Welt und schon gar nicht im Interesse einer Mehrheit der Deutschen ist. Und nicht zuletzt wegen der EU-Osterweiterung droht der Infarkt auf den Export- und Transitwegen in Deutschland. Deutschland braucht jetzt sofort den Baubeginn von lange geplanten, bereits genehmigten ICE-Strecken und Autobahntrassen.

Viele Kritiker der Politik und der Parteien beklagen die angebliche Ohnmacht des Staates gegenüber der globalen Wirtschaft. Das eigentliche Problem aber ist die Ohnmacht einer falschen Politik. Deutschland braucht eine intensive Förderung von Zukunftstechnologien wie Bio- und Gentechnik oder Luft- und Raumfahrt. Deutschland braucht die Hightech-Arbeitsplätze in der exportstarken Kernenergie-Wirtschaft. Deutschland braucht konkurrenzfähige Energie- und Transportkosten. Zwar attestieren die momentanen Umfragewerte der Bundesregierung eine wachsende Wirtschaftskompetenz und eine sinkende Sozialkompetenz, doch ich behaupte: Auch die Zurechnung von Wirtschaftskompetenz wird wieder abnehmen. So greift die Steuerreform wirklich spürbar erst in den Jahren ab 2005. Der entscheidende Webfehler der Steuerreform bleibt, dass die Personengesellschaften des Mittelstands massiv benachteiligt werden durch die Spreizung des Körperschaftsteuersatzes gegenüber dem

Höchstsatz der Einkommensteuer. Mit der Benachteiligung des Eigentümer-Unternehmers ist die Steuerreform zutiefst unmö- dern. Hiermit wird der Kanzler vom angeblichen „Modernisierer“ zum Bremservon Innovationen und neuen Arbeitsplätzen. Die Globalisierung mag Großfusionen begünstigen, aber gleichzeitig gibt es den Trend zu den kleinen, flexiblen Spezialunternehmen. Das sind die Keimzellen des Gründerbooms. Hier werden neue Arbeitsplätze geschaffen. Auch deshalb bleibt unsere Forderung richtig: Die Zahler von Einkommensteuer und damit auch der Mittelstand müssen viel schneller spürbar entlastet werden, nicht erst ab 2005.

Nicht zuletzt der Ländervergleich macht klar, welche Politik Deutschland wirklich voranbringt. Ohne das Wachstum in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen könnte die Bundesregierung keinen politischen Honig aus der kräftigeren Konjunktur saugen. Der Süden schafft Zukunftschancen für Deutschland. Unter anderem deshalb ist ja auch das Urteil der Mehrheit der Jungwähler bei den zurückliegenden Landtagswahlen ganz eindeutig zu Gunsten der Union ausgefallen. Ebenso aber stehen CDU und CSU für die Bedürfnisse des so genannten „kleinen Mannes“ nach Stabilität, Kontinuität und Sicherheit. Das sind und bleiben Leitbegriffe der bürgerlichen Mitte. Der Arbeitnehmer, die Angestellte, der Lehrer, der Landwirt, sie denken und fühlen auch heute mehrheitlich wertkonservativ, liberal und christlich-sozial. Das sind die Wurzeln der Union. Auch der Kanzler und sein Finanzminister wissen um diese Bewusstseinslage. Deshalb besetzen sie nicht ungeschickt konservative Themen und benutzen geradezu gebetsmühlenartig Schlagworte wie „mehr Selbstverantwortung“, „Subsidiarität“, „Sparsamkeit“, „Zivilgesellschaft“

oder „Kapitalbildung in Arbeitnehmerhand“. Das ist natürlich feindliche Übernahme von Unionspolitik. Der Kanzler setzt auf Fassadenkonservatismus.

Gerade wegen dieser Annäherung der SPD an die programmatischen Wurzeln der Union brauchen CDU und CSU offensive Botschaften. Ohne Unterscheidbarkeit gibt es keine starke Identität. Sicher muss die Union dabei auf neue Entwicklungen etwa im Verständnis von Ehe und Familie reagieren. Unsere Forderung nach einem Familiengeld von tausend D-Mark pro Kind und Monat oder die Nachmittagsbetreuung an bayerischen Schulen haben hier deutliche Signale gesetzt. Wir wollen positive Antworten geben, denn eine oberlehrerhafte Klage über einen angeblichen Werteverfall bringt gar nichts. Von der Kanzel herab überzeugt man gerade die stark wachsende Gruppe der Wechselwähler bestimmt nicht. Auch in der Halbzeitbilanz zur Außenpolitik der Regierung Schröder liegen Licht und Schatten eng zusammen. Im turbulenten ersten Jahr wurde viel Porzellan zerbrochen. Lafontaine und Fischer brüskierten die USA mit besserwisserischen Vorschlägen zur Finanzpolitik und zur NATO-Strategie. Deutschland hat auf internationaler Bühne rasch an Einfluss verloren. Auch im Verhältnis zu Frankreich und Russland gab es politische und menschliche Fehlritte. Der folgenschwerste außenpolitische Fehler aber war der Boykott Österreichs. Deutschland hat eine besondere Verantwortung für die Sackgasse, in die sich Europa verrannt hat. Es war ein Skandal, wie Präsident Klesstil im EU-Parlament beschimpft worden ist. Der Streit um Abschlussfotos bei EU-Konferenzen war unwürdig und lächerlich. Gerade das wiedervereinigte Deutschland hätte auch deutlich machen müssen, dass der Boykott Öster-

Regieren ohne soziale Balance

reichs einen großen Schaden für die Osterweiterung bedeutet. Die Beitrittskandidaten sind sehr besorgt über die Dominanz Groß-Europas gegen Klein-Österreich. Solche Einschüchterungsversuche sind nicht gerade eine verlockende Perspektive für Staaten, die jahrzehntelang im Ostblock eingefroren waren. Deutschland hat in der Österreichfrage völlig versagt. Und was ist von der deutschen EU-Präsidentschaft geblieben? Der dringend notwendige Durchbruch zur finanziellen und strukturellen Neuordnung der EU ist nicht gelungen. Dabei ist die Diagnose spätestens seit dem Rücktritt der früheren EU-Kommission klar: Europa leidet an bürokratischer Überfettung. Allein in diesem Jahr hat die EU-Kommission hundert neue Richtlinien beschließen lassen. In den letzten Jahren waren es nur fünfzehn bis zwanzig pro Jahr. Helmut Schmidt hat dazu in der Zeit festgestellt: Die EU betreibe eine „gefährliche Wurstelei, welche die Funktionstüchtigkeit der EU gefährdet und den Haiders und Le Pens den Boden bereitet“. Schmidt hat Recht. Alle wahren Freunde Europas müssen jetzt rufen: Weniger ist mehr! Nicht nur, aber vor allem wegen der anstehenden Osterweiterung muss die EU Realis-

mus und Reformfreudigkeit beweisen wie nie zuvor in ihrer Geschichte. Die deutsche Europapolitik hat hierfür nach 1998 keine Wegmarken mehr gesetzt. Zur Halbzeit der Legislaturperiode hat die Union gute Gründe zu Optimismus und Zuversicht. Die Post-Blair-Clinton-Ära kann Vorbote der Post-Schröder-Ära sein. Schröders Motto lautet: Regieren ist eine Aufgabe, die sich selbst genügt. Je mehr aber die Regierung sich Meinungen anpasst, umso mehr muss die Opposition Meinungen bilden. Das ist mühsam, doch auf Dauer erfolgreich. Wir in der Union müssen ein stabiles Band zwischen Vergangenheit und Zukunft knüpfen – inhaltlich und personell. Die Union braucht ein eigenständiges, tiefes Profil, das den Parteimitgliedern und den Wählern Halt und Haftung gibt in stürmischen Zeiten. Nur dann kann es wieder bei einer Mehrheit nicht nur im Süden, sondern in ganz Deutschland heißen: Die Konservativen sind die Avantgarde Deutschlands und zugleich eine glaubwürdige politische Heimat. Es wäre ein weiter Weg von 1998 bis 2000. Es wird ein weiter Weg bis 2002. Doch nichts ist entschieden. Die wichtigen Tore fallen immer erst in der zweiten Halbzeit.

Unter der Propagandaglocke

„[...] nicht der kollektive Kindertopf ist für Entwurzelung und rassistische Überfälle im Osten verantwortlich, sondern ein gesamtgesellschaftlich beengtes Klima, das in tiefer DDR-Vergangenheit wurzelt und oftmals noch in der Diktatur davor. [...] Unter der Propagandaglocke internationaler Solidarität hielt die SED das Land von Fremden weitgehend frei, und je ‚undeutscher‘ die Mentalität, desto dicker wurde der Riegel vor der Eingangspforte. [...] Und damit keine falsche Hoffnung aufkam, mussten Vietnamesinnen und Mosambikanerinnen schon im Heimatland unterschreiben, in der DDR keine Kinder zur Welt zu bringen. Wer dennoch schwanger wurde, stand unter Abtreibungszwang. Ist DDR-Geschichte bereits erfolgreich uminterpretiert? Was war dies anderes als rechtsradikale Staatspolitik?“

(Freya Klier am 22. September 2000 in *Die Welt*)